

Vorbemerkung zur neuen Satzung des Westdeutschen Förderkreises e.V.

Aufgrund der Einführung des neuen Anlagemodells haben sich die Aufgaben unseres Förderkreises geändert. Daraus ergibt sich Anpassungsbedarf für die Satzung des Vereins in der Fassung vom 7. Mai 1999. Gleichzeitig soll die Beantragung der Gemeinnützigkeit ermöglicht werden, die mit Steuererleichterungen für Mitglieder, Spendende und den Verein verbunden ist.

Der folgende Satzungsentwurf beruht auf neueren Satzungen anderer deutscher Förderkreise von Oikocredit und weist daher eine etwas andere Struktur auf als unsere bisherige Satzung. Deshalb verzichten wir auf eine synoptische Darstellung. Änderungen betreffen insbesondere

- die Aktualisierung der Präambel
- die Formulierung des Vereinszwecks entsprechend den steuerlichen Vorschriften (§ 2)
- Regelungen zur Beendigung der Mitgliedschaft (§ 5)
- Regelungen zu Wahlen und Abstimmungen (§ 7 und 8)
- Verankerung einer Geschäftsführung (§ 10)
- Endschäftsbestimmungen für das Vereinsvermögen (§ 12)

Für Ihre Fragen stehen wir gern bereits in den Wochen vor der Mitgliederversammlung zur Verfügung. Nehmen Sie bei Bedarf Kontakt mit der Geschäftsstelle oder dem Vorstand auf!

Geschäftsstelle: westdeutsch@oikocredit.de, Tel.: 0228 30406384
Vorstand: dbluemer@oikocredit.de, Tel.: 0208 385 85 089

Satzung des Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e.V. (Fassung vom 7. Mai 1999)

PRÄAMBEL: Zur Förderung der Verantwortung für die ‚Eine Welt‘ schließen sich die Unterzeichnenden zur Bildung eines Förderkreises der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft (Oikocredit) zusammen. Zweck der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft ist es, Investitionskapital für die Förderung der Entwicklung in armen Gebieten der Welt aufzubringen. Diese finanziellen Mittel sollen von Kirchen, Verbänden und Einzelnen eingebracht werden, die in der Förderung der Entwicklung einen auf nachhaltiges Wirtschaften, soziale Gerechtigkeit und Selbstvertrauen gerichteten Befreiungsprozess sehen. Die Genossenschaft geht auf eine Anregung des Ökumenischen Rates der Kirchen zurück und soll in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Ökumene geführt werden.

§ 1 NAME UND SITZ: Der Zusammenschluss hat den Namen »Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e.V.« (im folgenden »Verein« genannt). Er hat seinen Sitz in Düsseldorf. Der Verein ist im Vereinsregister Düsseldorf unter Nr. 5794 eingetragen.

§ 2 ZWECK: Der Verein hat das Ziel:

2.1. Das Bewusstsein für die Verantwortung für die Eine Welt bei der Bevölkerung zu fördern und insbesondere die ökumenische Verantwortung unter den Christ*innen zu stärken.

2.2. Die am 4. November 1975 gegründete Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft (im folgenden »Oikocredit« genannt), die ihren Sitz in Amersfoort/Niederlande hat, bekannt zu machen und für die Verwirklichung ihrer Ziele einzutreten.

2.3. Genossenschaftsanteile bei Oikocredit für die Mitglieder treuhänderisch zu erwerben und zu verwalten.

2.4. Die von Oikocredit gezahlten Dividenden an die Mitglieder weiterzuleiten.

§ 3 MITGLIEDSCHAFT: 3.1. Mitglieder des Vereins sind bzw. können werden: a) natürliche Personen, b) juristische Personen (z.B. Kirchen-/Pfarrgemeinden, Verbände, Vereine), c) nicht rechtsfähige Vereine (z.B. Gruppen, Arbeitskreise). Sie müssen die Satzung des Vereins als für sich verbindlich anerkennen. Sie stellen dem Verein den Gegenwert zum Erwerb von mindestens einem Anteil (200 Euro) zur Verfügung. Ein Mitgliedsbeitrag wird erhoben; über die Höhe entscheidet die Mitgliederversammlung.

3.2. Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand auf schriftlichen Antrag. Bei Ablehnung des Antrages kann die Mitgliederversammlung angerufen werden, die dann endgültig entscheidet.

3.3. Die Mitgliedschaft endet: a) durch schriftliche Austrittserklärung zum Ende des Geschäftsjahres; b) durch Tod einer natürlichen Person; c) durch Auflösung einer juristischen Person; d) durch Auflösung eines nicht rechtsfähigen Vereins; e) durch Ausschluss.

3.4. Der Ausschluss kann nur durch Beschluss des Vorstandes erfolgen, wenn das Mitglied gegen die satzungsgemäßen Bestimmungen des Vereins verstößt. Er ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen und zu begründen. Das Mitglied kann mit Monatsfrist Einspruch einlegen, über den Einspruch entscheidet die Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieder endgültig.

3.5. Sofern die Mitgliedschaft erlischt, wird der Gegenwert der erworbenen Anteile nach den geltenden Bestimmungen von Oikocredit zurückgezahlt.

§ 4 VORSTAND: 4.1. Der Vorstand besteht aus mindestens drei und bis zu sieben Mitgliedern; die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

4.2. Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Vorstand die/den Vorsitzende/n und deren/dessen Vertreter*in sowie den/die Schatzmeister*in. Diese sind Vorstand im Sinne von § 26 BGB. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Jeweils zwei von ihnen sind vertretungsberechtigt. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitgliedes des Vorstandes im Sinne des § 26 BGB wählt der Vorstand eines seiner Mitglieder für die Zeit bis zur nächsten Mitgliederversammlung nach.

4.3. Die /der Vorsitzende lädt den Vorstand nach Bedarf ein, mindestens vier Mal im Jahr.

4.4. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Er entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Eilentscheidungen kann die Zustimmung der Vorstandsmitglieder durch Umlauf eingeholt werden – diese muss aber einstimmig sein.

4.5. Die Wahl erfolgt für drei Jahre. Wiederwahl ist nur einmal möglich.

4.6. Die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder geschieht ehrenamtlich.

§ 5 AUFGABEN DES VORSTANDES: Der Vorstand vertritt den Verein nach außen. Er hält Verbindung zu Oikocredit, zu verwandten Organisationen und zu anderen Förderkreisen von Oikocredit. Er verwaltet das Vermögen des Vereins. Dazu kann er eine Geschäftsstelle einrichten. Er entscheidet über die Aufnahme von Mitgliedern. Er tritt regelmäßig, mindestens viermal jährlich zusammen. Der Vorstand informiert die Mitglieder zwischen den Mitgliederversammlungen über die laufende Arbeit. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

§ 6 MITGLIEDERVERSAMMLUNG: 6.1. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme, sie ist nicht übertragbar. Stimmenkumulation ist ausgeschlossen. Die Mitgliederversammlung tritt nach Bedarf, mindestens aber einmal jährlich vor der Generalversammlung von Oikocredit zusammen.

6.2. Der Vorstand lädt dazu schriftlich unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen und unter Angabe einer Tagesordnung ein.

6.3. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss einberufen werden, wenn dies von 1/4 der Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung verlangt wird.

6.4. Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde. Beschlüsse werden, sofern die Satzung nichts anderes vorsieht, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst.

§ 7 AUFGABEN DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG: 7.1. Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben: a) Den Vorstand, dessen Vorsitzende/n, ihre/n bzw. seine/n Vertreter*in sowie den/die Schatzmeister*in zu wählen; b) die/den Delegierte/n, die/der den Verein auf der Generalversammlung von Oikocredit vertritt, sowie eine/n Stellvertreter*in zu wählen; c) den Jahres- und Geschäftsbericht entgegenzunehmen; d) einen Haushaltsplan zu beschließen; e) eine geeignete Stelle mit der Vorbereitung der Kassenprüfung zu beauftragen und zwei Kassenprüfer*innen zu berufen; f) dem Vorstand Entlastung zu erteilen; g) die Höhe des Mitgliedsbeitrages festzusetzen; h) Richtlinien und Grundsätze für den Verein festzulegen; i) im Einspruchsfall über den Ausschluss eines Mitgliedes endgültig zu entscheiden; j) im Falle des § 3.2. endgültig zu entscheiden; k) Satzungsänderungen zu beschließen; l) die Auflösung des Vereins zu beschließen.

7.2. Die Abwahl eines oder mehrerer Vorstandsmitglieder muss mindestens 6 Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich beantragt werden; sie bedarf 2/3 Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

§ 8 NIEDERSCHRIFTEN: Über die Sitzungen des Vorstandes und der Mitgliederversammlung sind Niederschriften anzufertigen. Diese müssen von der/dem Vorsitzenden und der Protokollantin bzw. dem Protokollanten unterschrieben werden.

§ 9 MITTEL: Der Verein verfügt über folgende Mittel: a) Mitgliedsbeiträge; b) Zuwendungen. Die Mittel sind für satzungsgemäße Ausgaben des Vereins zu verwenden.

§ 10 GESCHÄFTSJAHR: Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 11 WAHLEN: Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.

§ 12 SATZUNGSÄNDERUNG: Satzungsänderungen sind vier Wochen vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich zu beantragen. Satzungsänderungen können nur von der Mitgliederversammlung, und zwar mit 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder, beschlossen werden unter Einhaltung der Formvorschriften (vgl. 6.2.).

§ 13 AUFLÖSUNG: Die Auflösung des Vereins kann nur auf einer Mitgliederversammlung mit 3/4 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden unter Einhaltung der Formvorschriften (vgl. 6.2.). Vorhandenes fließt Oikocredit oder dem Ökumenischen Rat der Kirchen zu.

Entwurf zur Abstimmung beim Finanzamt

Präambel

Veranlasst durch die Gründung der Oikocredit, Ecumenical Development Cooperative Society U.A. und zur Förderung der einen Welt, haben sich die Gründerinnen und Gründer des Vereins 1979 in diesem Verein zusammengeschlossen. Der Verein engagiert sich seither für weltweite Solidarität und soziale Gerechtigkeit und bemüht sich dabei insbesondere, das Bewusstsein in der Bevölkerung für globale Zusammenhänge und ungerechte Machtverhältnisse zu stärken. Verwurzelt in einem christlichen Werteverständnis und genossenschaftlichen Prinzipien teilt und fördert der Verein die Vision und Mission von Oikocredit International: eine gerechte und solidarische Weltgemeinschaft, in der die finanziellen Ressourcen nachhaltig eingesetzt werden und fair verteilt sind. Der Verein versteht sich als Teil einer globalen Bewegung für den sozialen Wandel und setzt sich im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen für soziale, ökologische und ökonomische Gerechtigkeit weltweit ein.

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den Namen „Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e.V.“
- (2) Er ist ein rechtsfähiger Verein mit Sitz in Düsseldorf.
- (3) Der Verein ist im Vereinsregister Düsseldorf unter Nr. 5794 eingetragen.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr

§ 2 Zweck des Vereins

- (1) Der Verein mit Sitz in Düsseldorf verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der Körperschaft ist
 - die Förderung der Volksbildung (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 AO)
 - die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens (§ 52 Abs. 2 Nr. 13 AO)
 - die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit (§ 52 Abs. 2 Nr. 15 AO)
- (2) Die Satzungszwecke werden verwirklicht insbesondere durch
 - Durchführung von Bildungs- und Informationsveranstaltungen zu entwicklungspolitischen Themen und Fragenstellungen, insbesondere zu Fragen der Entwicklungsförderung durch finanzielle Inklusion
 - Kooperationen und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie der Verein verfolgen;
 - Mitgliedschaft in Vereinigungen, die gleiche oder ähnliche Ziele wie der Verein verfolgen;
 - Erarbeitung von Analysen und Verbreitung von Informationen, die das Verständnis für die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge vornehmlich in Ländern des Globalen Südens vertiefen und das entwicklungspolitische Bewusstsein und die internationale Gesinnung in der Bevölkerung fördern;
 - die Zuwendung von Mitteln an andere Körperschaften oder juristische Personen des öffentlichen Rechts für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke, etwa die Oikocredit Stiftung Deutschland oder die Stichting Oikocredit International Support Foundation (Niederlande). Eine Zuwendung von Mitteln an eine beschränkt oder unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft des privaten Rechts setzt voraus und erfordert, dass diese selbst steuerbegünstigt ist.

§ 3 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (4) Der Verein kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben auch einer Hilfsperson im Sinne des § 57 Abs. 1 Satz 2 AO bedienen.
- (5) Der Verein darf seinen Satzungszweck auch durch planmäßiges Zusammenwirken mit einer oder mehreren anderen steuerbegünstigten Körperschaften oder steuerbegünstigte Zwecke erfüllende juristische Personen öffentlichen Rechts verwirklichen (§ 57 Abs. 3 AO). Die Kooperationspartner ergeben sich aus der gesonderten Aufstellung.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins können natürliche Personen, juristische Personen, rechtsfähige Personengesellschaften und (teil-)rechtsfähige Vereinigungen werden, die sich den Zielen des Vereins verbunden fühlen.
- (2) Über die Annahme des Beitrittsantrages entscheidet der vertretungsberechtigte Vorstand, soweit er diese Befugnis nicht an den besonderen Vertreter (Geschäftsführer/in) delegiert hat. Für den Beitrittsantrag ist das vom Verein bereitgestellte Formular zu verwenden. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht.
- (3) Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe und Fälligkeit der Beiträge werden von der Mitgliederversammlung bestimmt. Die Beiträge können dabei insbesondere auch nach sachlichen Gesichtspunkten gestaffelt sein und sich aus unterschiedlichen Komponenten zusammensetzen.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet:
 - mit dem Tod des Mitglieds;
 - bei juristischen Personen, rechtsfähigen Personengesellschaften und (teil-)rechtsfähigen Vereinigungen mit deren Auflösung bzw. durch Verlust der Rechtsfähigkeit;
 - durch freiwilligen Austritt;
 - durch Streichung von der Mitgliederliste;
 - durch Ausschluss aus dem Verein.
- (2) Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Verein.
- (3) Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrags im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Versendung der zweiten Mahnung, die der Textform bedarf, drei Monate verstrichen und die Beitragsschulden nicht beglichen sind. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.

(4) Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes ausgeschlossen werden, wenn es schuldhaft in grober Weise die Interessen des Vereins verletzt. Vor der Beschlussfassung muss der Vorstand dem Mitglied Gelegenheit zur mündlichen oder textförmlichen Stellungnahme geben. Der Beschluss des Vorstandes ist in Textform zu begründen und dem Mitglied zuzusenden. Gegen den Beschluss kann das Mitglied Berufung an die Mitgliederversammlung einlegen. Die Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einzulegen. Die abschließende Entscheidung über den Ausschluss trifft die Mitgliederversammlung.

§ 6 Organe des Vereins Organe des Vereins sind:

- a) der Vorstand, der sich in den vertretungsberechtigten Vorstand und die Mitglieder des erweiterten Vorstandes gliedert,
- b) die Mitgliederversammlung,
- c) die Kassenprüfer/Kassenprüferinnen,
- d) der besondere Vertreter (Geschäftsführer/in), sofern ein solcher vom Vorstand bestellt wurde.

§ 7 Vorstand

(1) Der Vorstand des Vereins besteht aus dem/der Vorsitzenden, dem/der stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister/der Schatzmeisterin, die den Vorstand im Sinne des § 26 BGB bilden (vertretungsberechtigter Vorstand), und bis zu vier weiteren Mitgliedern, die nicht zur Vertretung des Vereins berechtigt sind (Mitglieder des erweiterten Vorstandes).

(2) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch je zwei Mitglieder des Vorstandes im Sinne des § 26 BGB (vertretungsberechtigter Vorstand) gemeinschaftlich vertreten.

(3) Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von drei Jahren, gerechnet vom Tag der Wahl an, gewählt; ein Vorstandsmitglied bleibt jedoch so lange im Amt, bis ein/eine Nachfolger/in gewählt oder bestellt ist. Voraussetzung für die Kandidatur ist eine Mitgliedschaft im Verein. Die Wiederwahl ist – auch mehrfach – möglich, jedoch darf kein Mitglied dem Vorstand ohne Unterbrechung mehr als sechs Jahre angehören; Satz 1 zweiter Halbsatz bleibt unberührt. Zeiten, in denen ein Vorstandsmitglied das Amt des Schatzmeisters/der Schatzmeisterin innehat, gelten nicht als Zeiten der Zugehörigkeit zum Vorstand im Sinne von Satz zwei.

(4) Die Wahlen zum Vorstand finden in der Regel in offener Abstimmung statt; Jede(r) Wahlberechtigte(r) kann eine geheime Abstimmung verlangen. Jedes Mitglied des vertretungsberechtigten Vorstandes ist einzeln zu wählen. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erzielt. Erreicht im ersten Wahlgang keine/r diese Mehrheit, so findet zwischen den beiden Kandidaten/Kandidatinnen, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann derjenige/diejenige, der/die die meisten Stimmen erhält. Gibt es für die Wahl weiterer Mitglieder des Vorstandes weniger oder gleich viele Kandidaten wie freie Plätze, ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Stehen mehr Kandidaten/Kandidatinnen als freie Plätze zur Wahl, wird in geheimer Wahl en bloc abgestimmt. Jede(r) Wahlberechtigte(r) hat dabei ebenso viele Stimmen wie es freie Plätze gibt. Gewählt sind entsprechend der Zahl freier Plätze die Kandidaten mit den meisten Stimmen.

(5) Scheidet ein Mitglied des Vorstands vorzeitig aus, so kann der Vorstand für die restliche Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitglieds einen Nachfolger/eine Nachfolgerin wählen. Ist das Amt des/der Vorsitzenden, des/der stellvertretenden Vorsitzenden oder des/der Schatzmeisters/Schatzmeisterin betroffen, kann der Vorstand auch eine Person aus seiner Mitte als Nachfolger/in in das vakante Amt wählen.

(6) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins und ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Organ des Vereins übertragen sind. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung;
- b) Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung;
- c) Vorbereitung des Haushaltsplans, Buchführung, Erstellung des Jahresberichts;
- d) Beschlussfassung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern.
- e) Der Vorstand kann Satzungsänderungen beschließen, die durch das Vereinsregister oder die Finanzbehörde verlangt wurden.

(7) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen, die nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal jährlich, stattfinden sollen. Als Sitzung gilt auch die gleichzeitige elektronische oder digitale Kommunikation, z.B. per Video- oder Telefonkonferenz oder in gemischter Form.

(8) Die Vorstandssitzungen werden durch den/die Vorsitzende/n, bei dessen/deren Verhinderung durch den/die stellvertretende/n Vorsitzende/n, vorbereitet, einberufen und geleitet. Der/die Vorsitzende, im Falle seiner/ihrer Verhinderung der/die stellvertretende Vorsitzende, entscheidet über die Form der Sitzung (z.B. in physischer Präsenz, per digitaler Kommunikation, fernmündlich, in gemischter Form). Die Einberufungsfrist beträgt eine Woche; in Eilfällen kann sie auf drei Tage abgekürzt werden. Die Einberufung bedarf keiner besonderen Form, kann also insbesondere auch fernmündlich oder in Textform erfolgen. Eine Tagesordnung braucht nicht angekündigt zu werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder an der Sitzung teilnimmt. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden, bei dessen/deren Abwesenheit die des/der stellvertretenden Vorsitzenden. Vorstandsbeschlüsse können auch im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn kein Vorstandsmitglied diesem Verfahren unverzüglich widerspricht. Die Stimmabgaben bedürfen hier der Textform.

(9) Die Mitglieder des Vorstands sind ehrenamtlich tätig. Sie haften gegenüber dem Verein nur bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung ihrer Pflichten. Werden Vorstandsmitglieder aufgrund ihrer Vorstandstätigkeit von Dritter Seite in Anspruch genommen, stellt der Verein das betroffene Vorstandsmitglied von diesen Ansprüchen frei, sofern das Vorstandsmitglied nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat.

§ 8 Mitgliederversammlung

(1) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Tag. Die Einberufung erfolgt unter Angabe der Tagesordnung in Textform. Von der Textform umfasst ist insbesondere die Übermittlung per Brief, E-Mail und sonstigen elektronischen Telekommunikationsdiensten, die eine dauerhafte Wiedergabe in Schriftzeichen ermöglichen. Die Einladung gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn sie an eine vom Mitglied dem Verein in Textform bekannt gegebene – und nicht in Textform widerrufen – Empfangsadresse (z.B. Postanschrift, E-Mail-Adresse oder sonstige elektronische Empfangsadresse) versendet wurde.

Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor einer Mitgliederversammlung beim Vorstand in Textform eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Der Versammlungsleiter/die Versammlungsleiterin hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Ergänzung bekannt zu geben. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die in Mitgliederversammlungen gestellt werden, beschließt die Versammlung.

(2) Die Mitgliederversammlung wird vom/von der Vorsitzenden, bei dessen/deren Verhinderung vom/von der stellvertretenden Vorsitzenden, und bei dessen/deren Verhinderung dem Schatzmeister/der Schatzmeisterin geleitet. Ist kein Mitglied des vertretungsberechtigten Vorstandes anwesend, bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter/die Versammlungsleiterin.

(3) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Zur Änderung der Satzung ist jedoch eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen, zur Auflösung des Vereins oder zur Änderung seines Zweckes eine solche von vier Fünfteln erforderlich.

(4) In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied ab 16 Jahren eine Stimme. Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes Mitglied bevollmächtigt werden, wobei die Vollmacht zu ihrer Gültigkeit der Textform bedarf. Ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als eine fremde Stimme vertreten. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen.

(5) Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

- a) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans;
- b) Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands;
- c) Entlastung des Vorstandes;
- d) Festsetzung der Höhe des Jahresbeitrags;
- e) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes und der Kassenprüfer/Kassenprüferinnen
- f) Beschlussfassung über Änderungen der Satzung und über die Auflösung des Vereins;
- g) Bestimmung der allgemeinen Richtlinien und Grundsätze für die Vereinstätigkeit;
- h) Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschlussbeschluss des Vorstands.

(6) Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn es das Interesse des Vereins erfordert, oder wenn mindestens 100 Mitglieder oder ein Zehntel aller Mitglieder dies in Textform unter Angabe des Zweckes und der Gründe beim Vorstand beantragt.

(7) Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Versammlungsleiter/von der Versammlungsleiterin und dem/der von diesem/dieser bestimmten Protokollführer/Protokollführerin zu unterzeichnen ist.

(8) Im Allgemeinen werden Mitgliederversammlungen als Präsenzversammlungen abgehalten.

(9) Sofern keine zwingenden gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen, kann der Vorstand durch Beschluss anordnen, dass eine Mitgliederversammlung in anderer Form auch ohne physische Anwesenheit der Mitglieder an einem Versammlungsort, insbesondere im Wege jeder Art von Telekommunikation und Datenübertragung, in virtuellen Versammlungen mit audiovisueller Datenübertragung oder auch in Kombination verschiedener Verfahren (z.B. Präsenzversammlung mit zusätzlicher elektronischer Teilnahmemöglichkeit) abgehalten wird. Der Vorstand ist ermächtigt, Bestimmungen zum Verfahren und zur Ausübung (beispielsweise auch technische Anmeldung, Passwörterfordernisse bei elektronischer Teilnahme, Sammlung und Strukturierung von Beiträgen etc.) der Mitgliedschaftsrechte für solche Versammlungen zu treffen. Die vom Vorstand getroffenen Bestimmungen sind den Mitgliedern mit der Einladung zur Mitgliederversammlung mitzuteilen.

(10) Vorstand und Versammlungsleiter/Versammlungsleiterin sind ermächtigt, die Bild- und Tonübertragung der Mitgliederversammlung zuzulassen.

§ 9 Kassenprüfer/Kassenprüferinnen

(1) Nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres haben zwei von der Mitgliederversammlung gewählte Kassenprüfer/Kassenprüferinnen Rechnungslegung und Buchführung zu prüfen. Sie erstatten über ihre Prüfungshandlungen und Prüfungsergebnisse der Mitgliederversammlung Bericht.

(2) Die Kassenprüfer/Kassenprüferinnen werden – jeweils einzeln – von der Mitgliederversammlung auf unbestimmte Zeit gewählt und bleiben so lange im Amt, bis sie zurücktreten und ein Nachfolger/eine Nachfolgerin gewählt ist. Wiederwahl ist – auch mehrfach – möglich. Die Wahlregeln in § 7 Absatz 4 gelten für sie entsprechend. Scheidet ein Kassenprüfer/eine Kassenprüferin vorzeitig aus, hat der/die verbleibende Kassenprüfer/in für die restliche Amtsdauer des/der ausgeschiedenen Kassenprüfer/in einen/eine Nachfolger/in zu berufen.

§ 10 Besondere/r Vertreter/in (Geschäftsführer/in)

(1) Der Vorstand kann für die Geschäfte der laufenden Verwaltung einen Geschäftsführer/eine Geschäftsführerin als besonderen Vertreter im Sinne des § 30 BGB bestellen. Über den Inhalt des Dienstvertrages mit dem/der besonderen Vertreter/in, insbesondere die Vergütung, entscheidet der vertretungsberechtigte Vorstand, der auch für dessen Abschluss zuständig ist.

(2) Der/die besondere Vertreter/in vertritt innerhalb seines/ihrer Geschäftskreises zusammen mit einem Mitglied des vertretungsberechtigten Vorstandes. Der Vorstand kann dem/der besonderen Vertreter/in (innerhalb seines/ihrer Geschäftskreises) Einzelvertretungsbefugnis erteilen.

(3) Der vertretungsberechtigte Vorstand ist gegenüber dem/der besonderen Vertreter/in weisungsbe-rechtigt.

(4) Die Vertretungsmacht der Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstandes wird durch die Bestellung eines/einer besonderen Vertreters/in nicht eingeschränkt.

§ 11 Beteiligung an Oikocredit U.A.

Der Verein kann sich an der Oikocredit U.A. als Mitglied beteiligen.

§ 12 Auflösung des Vereins

(1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der/die Vorsitzende und der/die stellvertre-tende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.

(2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die nichtrechtsfähige Oikocredit Stiftung Deutschland in der Trägerschaft des Oikocredit Förderkreis Baden-Württemberg e.V. (mit Sitz in Stuttgart), die es unmittelbar und aus-schließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

Die Satzung wurde am _____ durch die Mitgliederversammlung beschlossen und ersetzt die bisherige Satzung vom _____ .